



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

μ.: Aus dem Elsaß: Ist das Elsaß ultramontan? - Reichstagsverhandlungen  
und Presse.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

„Irland wird sich nie wieder von einer andern Nation am Schweiße fort-  
schleppen lassen“.

Chor: „Verkündige es droben in der Höhe, D'Toole!“

Eine Kritik dieser Salbaderet ist wohl nicht von Nöthten.

### Aus dem Elsaß.

Ist das Elsaß ultramontan? — Reichstagsverhandlungen und  
Presse.

Der fortschrittliche Abgeordnete Duncker hat in einer der neulichen, für das Reichsland und seine künftige Entwicklung so hochwichtigen Debatten im deutschen Reichstage die Aeußerung gethan: „Das Elsaß ist niemals ultramontan gewesen!“ Und es ist's gottlob heute auch nicht, kann man getrost und freudigen Muthes hinzufügen. Sehr richtig ergänzte deshalb jener Abgeordnete: wenn dieß gegenwärtig anders zu sein scheine, so liege das einfach daran, daß die Verhältnisse sich zufällig so gestaltet haben, daß die Ultramontanen zugleich den Anschein der Vertheidigung der Landesgrenzen und der Unabhängigkeit gegen die Regierungsgewalt angenommen haben. Dies ist in der That die zutreffendste Antwort auf die befremdliche Frage, warum denn das Reichsland im deutschen Reichstage fast ausnahmslos durch klerikale Abgeordnete vertreten sei. Denn die „Protestler“ kommen ja hier, oder in irgend einer Frage, welche das Reichsland betrifft, durchweg nicht mehr in Betracht. Sie sind einfach nicht in der Welt, weder für den Reichstag, noch für die Regierung, noch endlich für ihre Landsleute.

Und da ist es nun charakteristisch für die augenblicklichen Zustände hüben und drüben, daß sich bis heute eine eigentlich elsässisch-patriotische Partei, wie man das anfangs wohl erwarten mochte, im Reichstage noch nicht gebildet hat. Diejenigen elsässischen Abgeordneten, welche überhaupt in den Sitzungen erscheinen, haben sich von vornherein ausschließlich dem Centrum angeschlossen, um nicht zu sagen, mit Leib und Seele verkauft. Sie werden folgerecht als solche von ihren protestirenden Kameraden in Wort und Schrift verleugnet. Sie streiten als Centrumsmänner in erster Linie „pro papa“ — ergo contra regnum und fühlen sich, wie es scheint, außerordentlich, als Steuerleute im „Schifflein Petri“, hinter ihren befähigteren und geschulteren Kollegen aus dem alten Reich figuriren zu können. Die engern Landes-

interessen sind für sie nur insofern und nur dann in der Welt, wenn sich daran wohlfeile Jeremiaden und Klagelieder, oder hinkende Vergleiche zwischen Sonst und Jetzt im Stile des Pfarrers von Gebweiler anknüpfen lassen, oder endlich baroke, galgenhumoristische Paradoxen in dem des Pfarrers von Hagenau, der in dieser Beziehung dem Heer- und Bannerführer des Centrums, der schwarzen „Perle von Meppen“, binnen kurzer Zeit wirklich recht Vieles abgelernt hat. Herrn Bischof Kaefß von Straßburg zieht es auch mehr nach Rom und zu den pantoffelgeschmückten Füßen des Jubelgreises und Gefangenen im Vatikan, als nach Berlin und in die Versammlung, wo er eigentlich hin gehörte, wie dies seine letzte Peterspfennig-Reise über München und retour über Versailles zur Genüge documentirt hat.

Auch die übrigen *dii minorum gentium* sind von demselben schwarzen Kaliber. Eigentliche Elsässer giebt es sonach im Reichstage gar nicht. Die da sind, gehören zu den Kosmopoliten *primi generis* — was allerdings auf gut Deutsch „vaterlandslos“ heißt. Die Andern haben einfach, wie es scheint, den Kopf verdreht, der stets nach rückwärts, über die Vogesen gekehrt ist, trotzdem sich die Vernünftigen unter den Elsässern schon längst haben sagen müssen, daß hinter jenen Bergen nichts mehr für sie zu holen ist, und daß man sie dort auch schon gründlich desavouirt. Die wahren Landesvertreter, wie sie sein sollten und müßten, sitzen noch einstweilen ruhig daheim bei ihren Penaten auf dem alten Steinsessel hinter dem hohen Kachelofen, oder pflügen, wie einst Cincinnatus, den Acker mit ihrem Joch Ochsen, harrend der Zeit, wo sie des Volkes Stimme vom Pfluge wegruft in die Schlachtreihe der parlamentarischen Kämpfe. Und dieser Tag ist nicht mehr fern. Daß dann aber unwiderruflich der Stab gebrochen wird über die jetzigen *soi-disant*-Deputirten des Reichslandes, das kann man schon jetzt, so nicht alle Zeichen trügen, mit einiger Sicherheit voraus sagen. Das elsässische Volk ist des trockenen Tons nun satt und der ewigen Abstinenz, und der langweiligen Lamento's. Es verlangt nach kräftigerer Speise; es verlangt, daß seine Sachwalter sich auch kümmern um sein Wohl und Wehe, mitrathen und mitthaten, nicht aber daheim auf ihren Lorbeern ausruhen, oder in Vogel-Straußen-Politik machen, die Keinem nützt und Keinem frommt.

Wie es aber gekommen, daß jene „*enfants terribles*“ des Elsasses und treuen Diener Roms seiner Zeit in die höchste gesetzgebende Versammlung des Reiches gewählt worden, darüber giebt das 7. Kapitel der Ihnen bekannten „Brieft aus dem Elfaß“ über die „Parlamentswahlen und die Elsässer Liga“ hinlänglich Aufschluß. Ueber die innern Gründe, weshalb man die an die Spitze gestellte Frage mit einem herzhaften Nein beantworten darf, glaube ich schon in meinen frühern Berichten hin und wieder genügende Andeutungen gegeben zu haben. Man muß eben niemals vergessen, daß die freisinnigen

und aufgeklärten Prinzipien von 1789 dem Elsäßer von Geburt in succum et sanguinem übergegangen sind, mehr vielleicht, als manchem Franzosen — und auch manchem Deutschen; und daß die Herren von der langen Robe und deren Einfluß in Gemeinde, Schule und Familie den Leuten zur Zeit der Restauration und des dritten Napoleoniden mit Gewalt aufocroirt worden sind. Das hat jetzt alles aufgehört und wird hoffentlich nimmer wiederkehren. In letzter Linie ist auch noch darauf hinzuweisen, daß das Hauptorgan des Landes, das „Elsässer Journal“, auf das die Meisten schwören, wie auf das heilige Evangelium, prinzipiell pfaffenfeindliche Tendenzen vertritt, wenn dieselben auch heuer noch in durchaus kluger Politik nur verdeckt und gelegentlich darin zum Vorschein kommen.

Eingigermaßen aufgefallen ist es, daß dieses Blatt die neulichen Darlegungen des Bundeskommissars Herzog, welche durchweg die Annahme aller vom Landesauschuß gegebenen Rathschläge und Wünsche — Zuschuß zur Landesuniversität aus Reichsfonds, Wiederherstellung von 10 aufgehobenen alten Friedensgerichten, Verwerfung des Anleihe-Projektes und dergl. verkündeten, nur mit der nüchternen Phrase „wir beeilen uns Akt davon zu nehmen“ begleitet hat, trotzdem es doch als der treueste Palladin dieses Ausschusses und seiner Bestrebungen, und mehr oder weniger seither als Friedensapostel aufgetreten ist. Charakteristisch aber ist die Aeußerung: „Wir wollen aus diesem Berichte die Lehre ziehen, daß ein beständiges Ringen förderlich ist, und daß die Beschäftigung mit den Landesangelegenheiten zu praktischen Resultaten führt, welche Lektion nicht verloren gehen darf.“ Ebenso notorisch ist es ferner, daß jene Erörterungen im ganzen Lande eine ausnehmende Befriedigung hinterlassen haben, vornehmlich der Passus über die Steuern. Denn das ist für den gemeinen Mann und steuerzahlenden Bürger und Bauer doch immer die Hauptsache. Und wenn ihm mit Ziffern und Zahlen hündig nachgewiesen wird, daß er heute auf den Kopf 10 M. 69 Pfg. weniger Steuern bezahlt, als unter dem französischen Regiment, so kann er sich gegen dieses argumentum ad hominem nur noch mit den läppischen Deklamationen eines Gerber wehren, daß die eigentlich Potenten unter den Steuerzahlern ausgewandert seien, daß ergo (!) die Zurückgebliebenen mehr Steuern zahlen müssen als früher; daß unter französischer Herrschaft in Folge des Antheils an der Staatsschuld die Steuern nothwendig höher sein mußten u. s. w. — alles Argumentationen, die jener Jesuitenzögling mit echt jesuitisch-dialektischer Logik zu verwerthen mußte; oder mit dem mephistophelischen meppenhaften Satz: „Gegen die Steuern ist die Abneigung allgemein, besonders stark im deutschen Volke, und wenn sie sich auch im Elsaß zeigt, so werden Sie vielleicht darin finden, daß wir noch ein Bißchen Deutsch sind“; oder endlich mit dem Hinweis, der allerdings ein Körnchen Wahrheit in sich

trägt, die aber dadurch an Bedeutung und Ueberzeugung verliert, daß eben ein Reichensperger sich ungerufen zu deren Organ machte, „daß nämlich die Steuern jetzt im Elsaß viel energischer und rücksichtsloser eingetrieben werden, als zur französischen Zeit, und daß Bezirks- und Gemeindesteuern gestiegen sind“. Das ist aber auch nur, wie gesagt, cum grano salis zu verstehen, und thut der allgemeinen Befriedigung der Bewohner des Reichslandes über jene Rede und deren Resultate, wie ich sie so eben constatirt, nicht den geringsten Abbruch. Sehr zur rechten Zeit hatten gerade kurz vorher die Blätter einen Aufsatz des „Journal des Debats“, welches hier und in Frankreich in volkswirtschaftlichen Fragen eine gewisse Autorität besitzt, reproduziert, auf den bekanntlich auch der Reichskanzler in seiner letzten bedeutenden Rede hingewiesen hat, und worin es u. A. heißt: „Ein Preuße zahlt dem Staate durchschnittlich ungefähr die Hälfte von dem, was ein Franzose zahlt; gleichwohl trägt dieser seine Bürde ohne allzu üble Laune und ohne allzu schwere Anstrengungen, während der Andere im Gegentheil unaufhörlich stöhnt und jammert“. Das war gewissermaßen die theoretische Vorbereitung und Grundlage zu den praktischen Resultaten der Herzog'schen Rede.

Nur Eines hat den günstigen Eindruck derselben hier zu Lande einigermaßen trüben können. Nämlich die Consequenzen, welche die „ultradeutsche Koterie“ im Reichslande, wie sie nicht mit Unrecht bezeichnet worden, direkt aus ihr, oder indirekt aus der Stellung des Geh. Rath's Herzog den man schon als „Zukunftsminister“ für Elsaß-Lothringen begrüßt hat, zu dem Reichslande sowie dessen neuerlicher Inspectionsreise hat ziehen wollen. Wie bekannt, häufen sich jedesmal zu Beginn der Reichstagsessionen die Gerüchte von einer durchgreifenden Aenderung der Centralverwaltung des Reichslandes, Aufhebung der Bezirkspräsidien, sogar des Oberpräsidiums in Straßburg u. s. w. — Gerüchte, oft recht abenteuerlicher Natur. Daß solch durchgreifende Aenderungen den Elsaß-Lothringern, namentlich den Hauptstädten des Landes, post lot discrimina nicht ganz erwünscht kommen, ist selbstverständlich. Doch läßt sich heute über den Grund oder Ungrund jener Gerüchte, die Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit jener Maßregeln noch nicht discutiren.

Einem der allzu naseweisen Blätter jener Chauvinistischen Partei nun, deren Existenz im Reichslande nicht zu leugnen ist\*), welches gerade in einen heftigen Federkrieg mit dem „Industriels alsacien“ über jene Frage gerathen war, ist kürzlich ein merkwürdiges und unerwartetes Schicksal passirt. Es hat nämlich auf Grund des § 10 des Preßgesetzes und der darauf basirten Unterdrückung durch den Oberpräsidenten den Weg alles Fleisches wandern müssen. Wie? fragte man sich in den elsässischen Kreisen, ein Blatt, das der Regierung so nahe

\*) Dem „Neuen Straßburg“.

stand, welches die deutschen Interessen à tout prix vertrat und das wir sogar in dem Verdachte der Offiziösität hatten, mußte so urplötzlich nach einer fast nur ephemeren Existenz von seinem Posten abdanken? Nein, die Sache liegt ganz einfach, und was dem Einen kurz ist, ist dem Andern lang. Der Eigenthümer und Redakteur dieses Blättchens ist ein etwas eccentricer Kopf, der wie gesagt à tout prix in Germanisirung des Elsasses machen und dabei oft weiser und deutscher sein wollte, als die Bundesregierung, von der er anfangs gefördert worden sein mag. Vor kurzem hat er Streit mit seinem Chefredakteur bekommen und diesen häuslichen Zwist zu einem widrigen Zeitungsfandal benützt, über den Deutsche und Elsässer die Achseln zuckten. Auch sonst ließ er sich viele Ungezogenheiten in seinem Blatte zu Schulden kommen, die weder ihm, noch der Regierung, noch endlich dem Lande ersprießlich sein konnten. Letzteres mag auch wohl nie seine Absicht gewesen sein. Der Stil desselben erinnerte fast an das bayrische „Unterland“ und war voller studentischer Kraftausdrücke. Dies in ästhetischer Hinsicht. In publizistischer Haschte das Blatt geradezu nach Skandalgeschichten, wie es denn in seiner letzten Nummer eine pikante Gerichtsscene über eine Liebelei zwischen einem Geistlichen und seinem Beichtkind brachte, die von Freund und Feind lieber ungelesen und unerwähnt gelassen worden wäre.

Endlich, und das mag wohl dem Blatte den Hals gekostet haben, hatte es in derselben Nummer etwas zu viel aus der Schule geschwaßt, und dabei zur Selbstverteidigung dem Publikum Neuigkeiten aufgetischt, die allerdings etwas bedenklich klangen und der Regierung nicht sonderlich willkommen sein mochten. Es behauptete nämlich, daß das Straßburger Preßbureau zur „Glorifizirung der Staatshandlungen der kaiserl. Landesverwaltung“ Correspondenzen an auswärtige und reichsländische Blätter sende, die obschon jedesmal unter anderen Zeichen doch stets „ein und denselben“ Verfasser haben. Das schlug dem hohlen Fasse den Boden aus — und Regierung und Publikum haben nicht viel verloren bei diesem „Krach“. Auch ein Colmarer querköpfiges Blatt, der „Glaneur du Haut-Rhin“ ist kürzlich aus ähnlichen Gründen eingegangen.

Gestatten Sie mir endlich im Anschluß an das Thema von der Presse noch die Mittheilung, daß auch die elsässischen Fachzeitschriften binnen kurzem noch um ein gewiß schätzenswerthes Produkt bereichert werden sollen, das den rastlosen Leipziger Oberhandelsgerichtsrath Dr. Buchelt und einen hiesigen Appellrath zum Autor hat. Es soll nämlich die bisher im Anschluß an die Buchelt'sche Zeitschrift über franz. ös. Civilrecht erschienene „Gerichtszeitung für Elsaß-Lothringen“ in nächster Zeit selbständig in zehn Monatsheften à 2½ Bogen herausgegeben werden. Dieselbe soll außer kurzen Abhand-

lungen und Personal-Nachrichten die Entscheidungen des Reichs-Oberhandelsgerichts als obersten Gerichtshofes für Elsaß-Lothringen, die des Appellationsgerichts zu Colmar und ausgewählte Urtheile der Land-Handels- und Friedensgerichte des Reichslandes bringen. Auch auf pädagogischem Gebiete ist eine neue Fachzeitschrift — ich glaube, es ist die dritte in deutscher Sprache — im Werden begriffen. Sie sehen, unser literarisches und geistiges Leben im Reichslande läßt nichts zu wünschen übrig.

u.

## Vom deutschen Reichstag.

Berlin, 5. December 1875.

Am 30. November berieth der Reichstag den unvermeidlichen Antrag Schulze-Delitzsch auf Einführung von Diäten für die Reichstagsmitglieder. Der Antrag wurde, und zwar in namentlicher Abstimmung von 179 gegen 58 Stimmen angenommen. Was folgt daraus? Vom Tisch des Bundesraths wurde bei der Berathung nicht eine Silbe geäußert. Die Reichsregierung betrachtet die alljährliche Annahme dieses Antrages als einen monologischen Zeitvertreib des Reichstags. Daß die Majorität für den Antrag so groß zu sein pflegt, erklärt sich daraus, daß außer den reichsabgeneigten Parteien, zu denen das Centrum das bekannte große Contingent stellt, ein großer Theil der Nationalliberalen für den Antrag stimmte. Dieser Anschluß läßt sich nicht wohl anders erklären, als aus Popularitätsrückichten. Denn auf die Zusammensetzung des Reichstags wirkt die Diätenlosigkeit nur günstig. Wir glauben nun, daß allerdings die Zeit kommen wird, wo der Bundestag den fort und fort wiederholten Antrag in Erwägung ziehen muß und auf denselben eingehen unter gleichzeitig als *conditio sine qua non* der Diätengewähr verlangter Abänderung des Reichswahlgesetzes. Die Oeffentlichkeit der Wahl ist der sachlich nothwendige Preis, welchen der Reichstag für die Diäten zahlen muß. Unter Oeffentlichkeit der Wahl verstehen wir, daß der Wähler den Namen des Gewählten und seinen eignen entweder persönlich zu Protokoll giebt oder mittelst eines unterschriebenen und beglaubigten Wahlzettels. Es ist alsdann durch das statistische Amt des Reiches eine Liste zu veröffentlichen mit den Namen der Wahlberechtigten, die garnicht gestimmt haben, und weiter mit den Namen sämmtlicher Candidaten, welche Stimmen erhalten haben